

Niederschrift

SOZ/004/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 29.04.2026

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Tatjana Lücke	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzende
--------------------	-----	--------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	FDP/UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Laura Grasler	AfD	Ratsmitglied
Frau Lucy Korbanek	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Kimberly Krull	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Max Kuhnt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Günter Maaß	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sandra Matzelle	CDU	Ratsmitglied
Frau Carina Tiekötter	SPD	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es	Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Elisabeth Meyer	CDU	Vertretung für Herrn Alexander Burmeister
Frau Elke Parniske	SPD	Vertretung für Frau Sarah Böhme
Frau Vanessa Roß	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Dr. Gertrud Hovestadt

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke	Leiterin Fachbereich 8
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen	Stabsstelle Sozialdezernat
Frau Christina Meyer	Offene Behindertenarbeit
Herr Henrik Vetter	SGB XII
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Sarah Böhme	SPD	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzende

Frau Lücke eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Elke Parniske als Mitglied im Sozialausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/002/2026 über die öffentliche Sitzung am 27.01.2026

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Niederschrift Nr. SOZ/003/2026 über die öffentliche Sitzung am 04.03.2026

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

3. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann erklärt, dass eine Information zur Bezahlkarte schriftlich zur Verfügung gestellt worden sei. Zudem erläutert er, dass die Mitglieder der Lenkungsgruppe Inklusion sich erneut getroffen hätten. Die Einladung für eine halbtägige Inklusionskonferenz am 12. Mai 2026 mit dem allgemeinen Thema „Inklusion“ sei bereits verschickt worden. Außerdem sei eine weitere Inklusionskonferenz für den 12. Oktober 2026 mit dem Schwerpunkt „Inklusion in der Jugendhilfe und Jugendarbeit“ terminiert worden.

Frau Parniske erkundigt sich, wie viele Personen an der im Sommer geplanten Testphase teilnehmen sollen und in welcher Form der Start vorgesehen sei.

Herr Gausmann antwortet, dass die Testphase mit etwa zehn Personen beginnen solle, um die Funktionsweise der Bezahlkarte zu prüfen.

Frau Korbanek möchte wissen, nach welchen Kriterien die teilnehmenden Personen ausgewählt werden sollen.

Herr Gausmann erklärt, dies sei im Detail noch nicht festgelegt. Er betont jedoch, dass die Testphase nicht mit komplexen Fällen, wie beispielsweise Familien mit mehreren Kindern, sondern zunächst mit Einzelpersonen beginnen solle, um die grundlegende Funktionalität zu testen.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier berichtet, dass der bisherige Beirat bis zur konstituierenden Beiratssitzung weiterhin im Amt verbleibe und trotz der ausstehenden Sitzung weiterhin aktiv sei.

Er informiert weiter, dass am 5. Mai 2026 der Protesttag für Menschen mit Behinderung mit dem diesjährigen Thema „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“ auf dem Marktplatz stattfinde. Diese Protesttage würden von der Organisation Aktion Mensch ausgerufen. Der Caritasverband Rheine e. V. sei der Hauptakteur der Veranstaltung. Der Beirat werde sich erneut mit einem Informationsstand beteiligen und gehe davon aus, seine Arbeit dort gut vorstellen und für mehr Akzeptanz werben zu können.

Frau Lücke fügt hinzu, dass die Förderung für den Protesttag durch die Aktion Mensch bewilligt worden sei.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es führt aus, dass der Seniorenbeirat seit mehreren Wochen keine Aktionen mehr durchgeführt habe, weil nicht feststehe, wer künftig dort Mitglied sei und wer nicht.

Frau Lücke fügt hinzu, dass die konstituierende Sitzung kurz bevorstehe (11. Mai 2026).

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge erklärt, dass der Beirat ebenfalls nicht getagt habe.

8. Initiierung eines Projektes zur konkreten Konzeptionierung eines Sozialraumbüros in Rheine Vorlage: 059/26

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage und erläutert, dass das Ziel des Projekts darin bestehe, sozialraumorientierte Angebote zu strukturieren, die nicht nur auf einen Stadtteil, Familien oder die Jugendhilfe beschränkt seien, sondern als Regelangebot dort zur Verfügung stehen sollen, wo Bedarf bestehe. Er betont, dass eine geeignete Projektstruktur notwendig sei, die im Rahmen einer Lenkungsgruppe auch politisch mitbestimmt werde.

Er informiert, dass es zwei Ergänzungen auf Seite 3 der Vorlage zum Punkt „3. Projektstruktur und Verantwortlichkeiten“ gebe:

- Unter „Aufgaben der Lenkungsgruppe“ stehe die „Festlegung strategischer Ziele“. Die strategischen Ziele festzulegen, obliege originär dem Ausschuss und nicht einer nicht spiegelbildlich gebildeten Lenkungsgruppe. Von daher müsse es heißen: „Vorbereitung der Festlegung strategischer Ziele“.
- Genauso müsse es heißen: „Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen, die das Projekt betreffen“.

Zudem fehle der Hinweis, dass die Umsetzungsphase des Projekts für das dritte Quartal 2027 geplant sei und der Ausschuss darüber informiert werde.

Frau Tiekötter äußert Bedenken hinsichtlich des dritten Beschlussvorschlages. Sie fragt, wie die angestrebte Kostenneutralität beziehungsweise Kostenreduzierung mit Fachlichkeit und Professionalität vereinbar sei.

Herr Gausmann erklärt, dass das Ziel darin bestehe, bestehende Strukturen effizienter zu gestalten, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen oder die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren. Er betont, dass eine Wirkungsanalyse notwendig sei, um sicherzustellen, dass die neuen Strukturen tatsächlich Verbesserungen bewirken und Folgekosten reduzieren.

Herr Doerenkamp merkt an, dass die Eingangsbemerkung von Herrn Gausmann zur Seite 3 der Vorlage sich ebenfalls in der Projektbeschreibung „Sozialraumbüro“ unter „1. Projektvorbereitung“ wiederfinden müsse.

Zudem bezieht er sich unter „2. Projektinitiierung“ auf die Formulierung „2. Experten und Stakeholder für den Bereich Familie identifizieren und benennen“ und regt an, sich nicht nur auf den Bereich Familie zu beschränken, sondern diese Überschrift allgemeiner zu fassen, um keine inhaltliche Beschränkung vorzunehmen. Er schlägt daher vor, diese in „Experten und Stakeholder identifizieren und benennen“ zu ändern.

Herr Gausmann stimmt den Vorschlägen von Herrn Doerenkamp zu.

Frau Krull regt an, in der Zielbeschreibung eine regelmäßige Messbarkeit der Ergebnisse vorzusehen, über die dem Sozialausschuss berichtet werde.

Herr Gausmann bestätigt, dass die Effizienz und Wirkungsorientierung der neuen Strukturen im Vordergrund stehen müssten.

Herr Meier fragt, ob die Beiräte in die Gremienarbeit eingebunden würden.

Herr Gausmann erklärt, dass die Beiräte zu den Sitzungen eingeladen würden und ihre Vertretungen selbst benennen könnten.

Frau Lücke lässt über die Beschlussvorschläge unter Berücksichtigung der in der Sitzung genannten Änderungen abstimmen.

Zum vierten Beschluss benennen die Fraktionen jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter für die Lenkungsgruppe wie folgt:

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretung</u>
CDU Fraktion:	José Azevedo	Sandra Matzelle
SPD Fraktion Rheine:	Tatjana Lücke	Carina Tiekötter
Alternative für Deutschland (AfD):	Laura Grasler	Sarah Brandt
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Dr. Gertrud Hovestadt	Vanessa Roß
Die Linke Ratsfraktion für Rheine:	Evelyn Eggenkämper	Lucy Korbanek
Fraktion FDP/UWG Rheine:	Annette Floyd-Wenke	Margret Borkmann

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Projektbeschreibung zur konkreten Konzeptionierung eines Sozialraumbüros in Rheine – **unter Berücksichtigung der in der Sitzung genannten Änderungen** – zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.
2. Der Sozialausschuss beschließt die Einrichtung der Projektstruktur (Lenkungsgruppe, Projektleitung, Projektarbeitsgruppe).
3. Der Sozialausschuss beschließt als strategisches Ziel:
Die Einrichtung sozialräumlicher Angebote (Sozialraumbüro) erfolgt unter der Vorgabe, dass effiziente (Beratungs-)Strukturen entwickelt werden, die zumindest kostenneutral sind, im Idealfall zur Kostenreduzierung in den maßgeblichen Bereichen (Jugendhilfe, Sozialhilfe usw.) führen – **ohne die Leistungen für die Leistungsberechtigten zu reduzieren** –.
4. Die Fraktionen benennen jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter für die Lenkungsgruppe.
5. Die Verwaltung richtet eine Projektleitung (Doppelspitze aus Jugendhilfe- und Sozialplanung) ein.

6. Die Projektleitung stellt in Abstimmung mit der Lenkungsgruppe eine Projektarbeitsgruppe zusammen.
7. Die Projektleitung berichtet regelmäßig nach Abstimmung in der Lenkungsgruppe über den Projektstand im Sozialausschuss sowie bei Bedarf im Jugendhilfeausschuss.
8. Die Verwaltung legt nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss – **voraussichtlich im dritten Quartal 2027** – sowie bei Bedarf dem Jugendhilfeausschuss oder weiteren zuständigen Ausschüssen ein ausgearbeitetes Konzept für ein niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot (Sozialraumbüro) vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Jahresbericht der Fachstelle für Wohnraumsicherung 2025**
Vorlage: 265/26

Frau Gehrke erläutert, dass der Bericht die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Rheine widerspiegele. Sie hebt hervor, dass die Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe in Rheine laut einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe eine von etwa 80 Fachstellen in Deutschland sei, die Präventionsarbeit leisten; die Zahl werde vermutlich steigen. Im Jahr 2025 habe die Fachstelle in 133 Fällen Kontakt aufnehmen können, das seien 84 % der gemeldeten Fälle, was einer Steigerung von 11 % im Vergleich zum Vorjahr entspreche. Sie betont, dass diese Methode, wie das Klingeln an Haustüren und das Hinterlassen von Kontaktdaten, ein wirksames Mittel sei, um Betroffene von Räumungsklagen oder anderen Mietproblemen zu erreichen.

Sie führt weiter aus, dass im Jahr 2025 insgesamt 86 präventiv gemeldete Fälle registriert worden seien, was eine signifikante Steigerung darstelle. Diese Meldungen kämen von Institutionen wie dem Jobcenter oder Vermietern. Sie verweist auf den Fachtag anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Treffs 100, bei dem die Bedeutung der Prävention und der Frühwarnsysteme betont worden sei. Neu eingeführt worden sei eine Vermietersprechstunde, die mittwochs von 09:00 bis 11:00 Uhr stattfinde. Diese solle die Neutralität der Fachstelle unterstreichen, die sowohl Mietende als auch Vermietende unterstütze. Sie erläutert, dass die Hauptzugangswege zur Fachstelle über die Sozialleistungsbehörden nach dem SGB II und XII und bei Räumungsklagen über das Amtsgericht erfolgten. Zudem hätten sich 14 Haushalte im Jahr 2025 aus Eigeninitiative an die Fachstelle gewandt.

Sie berichtet, dass die Mehrheit der Betroffenen im Alter von 30 bis 49 Jahren sei, jedoch auch die Zahl der 18- bis 29-Jährigen zunehme. In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt solle ein Schwerpunkt auf junge Volljährige und Wohnungslosigkeit gelegt werden. Für 2026 sei zudem eine Befragung in einfacher Sprache geplant, um strukturiertes Feedback und eine Wirkungsanalyse der Präventionsarbeit zu erhalten. Sie erwähnt, dass die Fachstelle nach einem halben Jahr durch die Anzahl der Präventionsfälle gegenfinanziert sei. Sie hebt hervor, dass Prävention langfristig kostengünstiger sei als ordnungsrechtliche Unterbringung, die zudem soziale Folgen für Betroffene nach sich ziehe.

Frau Tiekötter weist auf einen fehlerhaften Satz im Jahresbericht (letzter Satz auf Seite 3) hin: „So steht jedem 2,10 Euro gegenüber“.

Sie fragt, ob die personellen Ressourcen ausreichen, um die aufsuchende Arbeit zu intensivieren. Zudem erkundigt sie sich nach der Annahme der Vermietersprechstunde. Sie äußert Besorgnis über die ca. 100 betroffenen Kinder im Jahr 2025. Sie fragt, wie deren Altersstruktur

aussehe und welche Maßnahmenstrategien die Verwaltung zum Schutz dieser Kinder habe und ob sie auch greifen, wenn die Jugendhilfe beendet sei. Sie schlägt vor, das Meldesystem auf Nachbarn, Verwandte oder Freunde auszuweiten, und fragt, ob der Flyer in mehreren Sprachen verfügbar sei.

Herr Azevedo betont die Bedeutung des präventiven Ansatzes und äußert, dass dieser sich sozialpolitisch und monetär auszahle.

Frau Floyd-Wenke rät von der Einbeziehung von Nachbarn, Verwandten oder Freunden in das Meldesystem ab, da dies zu Denunziationen führen könne. Sie äußert, dass die Fachstelle zwar gute Arbeit leiste und auch berate, wie man sich um eine Wohnung bewerbe, jedoch angesichts der Wohnungsnot in Rheine nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Sie kritisiert die mangelnde Unterstützung bei der Wohnungssuche und die Problematik verschimmelter und verkommener Wohnungen.

Herr Doerenkamp äußert die Hoffnung, dass die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter nach dessen Umstrukturierung weiterhin gut funktioniere. Er weist darauf hin, dass die Berechnungsmethode für den „Social Return on Invest“ überarbeitet werde, was jedoch nichts an den positiven Ergebnissen der Fachstelle ändere. Er bezweifelt, dass die durchschnittliche Unterbringungszeit von 122 Wochen auf Rheine zutreffe, da diese Zahl eher für Großstädte gelte.

Herr Maaß hebt hervor, dass 100 Kinder vor Obdachlosigkeit geschützt worden seien. Er betont, dass der „Social Return on Invest“ zweitrangig sei, solange Kinder von der Straße ferngehalten würden.

Frau Gehrke geht auf die Fragen ein und bestätigt, dass der fehlerhafte Satz auf Seite 3 korrigiert werde. Sie erklärt, dass die Vermietersprechstunde gut angenommen werde, jedoch auch außerhalb dieser Sprechstunde viele Anfragen eingingen. Die Altersstruktur der betroffenen Kinder sei gemischt, von Säuglingen bis knapp vor der Volljährigkeit. Sie erläutert, dass die personellen Ressourcen durch gemeinsam mit dem Kooperationspartner entwickelte Leitlinien optimiert würden; zudem werde der Einsatz eines KI-Tools geplant, um die Beratenden in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Die Leitlinien seien entgegen der Aussage der Vorlage dieser nicht beigefügt worden, da es sich um ein internes Organisationspapier handele.

Sie führt fort, dass es zum Zeitpunkt der Beendigung der Jugendhilfe für die jungen Menschen noch keine Schnittstelle zur Fachstelle Wohnraumsicherung gebe. Es gebe jedoch einen speziellen Blick auf die „Care Leaver“, wo es erstmal nicht um junge Menschen mit (bevorstehendem) Wohnungsverlust gehe, sondern darum, auf dem Wohnungsmarkt eine Verselbstständigung zu erreichen. Des Weiteren stellt sie klar, dass das Meldesystem nicht auf Nachbarn ausgeweitet werde, da dies datenschutzrechtlich problematisch sei. Der Flyer sei in einfacher Sprache verfasst, und Übersetzungen könnten bei Bedarf durch technische Geräte erfolgen, mit denen die Fachstelle ausgestattet sei.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Fachstelle ein wichtiger Mosaikstein sei, jedoch nicht alle Probleme des Wohnungsmarktes lösen könne. Er weist auf die Problematik verschimmelter Wohnungen hin und betont, dass die Stadt nur bei Kenntnis solcher Fälle handeln könne. Sie könne jedoch keinen Vermieter zur Wohnungsrenovierung zwingen. Die Hürden seien hoch, um eine Wohnung ordnungsbehördlich als unbewohnbar zu definieren. Zudem fehle adäquater Ersatzwohnraum. Wenn die Jugendhilfe planmäßig beendet werde, werde eine Anschlussperspektive für den jugendlichen Volljährigen entwickelt. Bei mangelnder Mitwirkung könne die Verwaltung gegen eine Wohnungslosigkeit nichts machen und der betroffenen Person nur noch die Möglichkeit einer kurzfristigen Unterbringung über den Treff 100 anbieten. Die Verwaltung beabsichtige, sich im ersten Quartal 2027 bezüglich der „Care Leaver“ mit der Frage des Übergangs von der Jugendhilfe in das Sozialleistungssystem zu beschäftigen.

Die Ausschussvorsitzende sowie verschiedene Ausschussmitglieder würdigen mit ihren Wortbeiträgen den Bericht sowie das Engagement und die geleistete Arbeit der Fachstelle.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2025 der Fachstelle für Wohnraumsicherung zur Kenntnis.

**10. Jahresbericht 2025 - SGB XII
Vorlage: 245/26**

Frau Gehrke erläutert, dass die Vorlage im Wesentlichen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung thematisiere. Sie hebt hervor, dass diese Leistungen überwiegend Einpersonenhaushalte betreffen, was nicht nur in Rheine, sondern auch in der gesamten Region erkennbar sei. Aktuell seien 1.792 Personen in der Hilfe erfasst. Sie betont, dass die Bedürftigkeit im Alter ein zentrales Thema sei, und verweist in diesem Zusammenhang auf Projekte wie die Seniorenlotsen, die dezentrale soziale Beratung sowie Initiativen gegen Einsamkeit. Diese Projekte stellten ein wertvolles Netzwerk für die betroffene Personengruppe dar. Obwohl diese Aspekte nicht direkt mit den Zahlen, Daten und Fakten der Vorlage verknüpft seien, verdeutlichten sie, wie wichtig ein Ineinandergreifen der Themenbereiche sei, damit weitere Berechtigte von den Möglichkeiten der Grundsicherung erfahren und diese in Anspruch nehmen könnten.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den SGB-XII-Jahresbericht 2025 zur Kenntnis.

**11. Integrationskonzept der Stadt Rheine: Arbeitsplanung für 2026
Vorlage: 267/26**

Frau Lücke weist darauf hin, dass diese Vorlage sowohl hier als auch im ACuI (*Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration am 09.06.2026*) ein Thema sein werde.

Frau Gehrke erläutert, dass es sich um eine besondere Situation handele, da sich zwei Ausschüsse – der Sozialausschuss sowie der ACuI – mit demselben Thema befassen. Eine klare Zuständigkeitsregelung sei bisher nicht erarbeitet worden, da das Thema für beide Ausschüsse von hoher Relevanz sei. Sie kündigt an, für die Zukunft die Federführung der Beratung des Integrationskonzeptes zwischen den Vorsitzenden des Sozialausschusses und des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration abzustimmen.

Sie weist darauf hin, dass der Rat im Jahr 2025 eine Ergänzung beschlossen habe, die eine Operationalisierung der Handlungsziele und Fallzahlen sowie die Entwicklung von Zielvorgaben und die Messung der Wirkung umfasse. Hierzu sei eine Checkliste entwickelt worden, die für jedes Handlungsfeld und Projekt angewendet werde, um die Wirksamkeit der Maßnahmen besser beurteilen zu können. Diese Checkliste sei den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt worden.

Sie führt weiter aus, dass die Stadt Rheine seit zehn Jahren eine Praxis etabliert habe, bei der thematische Handlungsfelder von Personen mit spezifischer Expertise gesteuert würden. Als Beispiel nennt sie das Handlungsfeld Arbeit, das von einem Mitarbeiter mit Arbeitsmarktexper-

tise sowie einem Vertreter der Agentur für Arbeit koordiniert werde. Diese Struktur ziehe sich durch alle acht Handlungsfelder, wobei stets professionelle und städtische Expertise kombiniert würden. Die Tandems in den Handlungsfeldern hätten das Integrationskonzept überarbeitet und einen Maßnahmenplan für 2026 entwickelt. Die Handlungsziele seien konkretisiert und in Maßnahmenpakete gefasst worden, die in Anlage 2 der Vorlage dargestellt seien. Sie kündigt an, dass im Jahr 2027 ein detaillierter Umsetzungsbericht vorgelegt werde.

Frau Parniske äußert, dass ihre Fraktion insbesondere das Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft als gelungen empfinde. Sie fragt nach Details zu dem Pilotprojekt mit zehn Teilnehmenden aus unterschiedlichen Rechtskreisen, das im Konzept unter der Aufgabe „Erfolgreiche Arbeitsmarktintegration setzt einen intensiven Austausch voraus“ erwähnt werde. Sie möchte wissen, seit wann dieses laufe und ob bereits Berichte oder erste Ergebnisse vorlägen.

Frau Gehrke erklärt, dass ein nächstes Treffen der Steuerungsgruppe für den 12. Mai 2026 geplant sei. Sie sichert zu, in der nächsten Sozialausschusssitzung eine Rückmeldung zu geben, sofern besonderes Interesse an diesem Projekt bestehe. Ein umfassender Umsetzungsbericht sei für 2027 vorgesehen.

Frau Parniske fragt nach der Einbindung der Arbeitgeberseite in das Projekt neben den bereits aufgeführten, da diese für die Arbeitsmarktintegration von Bedeutung sei.

Frau Gehrke antwortet, dass die Kontakte zu Arbeitgebern über die Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) geknüpft würden. Eine Vertreterin der EWG sei ebenfalls in das Projekt eingebunden. Je nach beruflicher Ausrichtung der Teilnehmenden werde das Netzwerk der EWG genutzt, um passende Kontakte herzustellen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Arbeitsplanung zur Umsetzung des Integrationskonzeptes für das Jahr 2026 zur Kenntnis.

12. Barrierefreie Mittel - Mittelverwendung 2026 **Vorlage: 229/26**

Frau Wiggers verweist auf die vorliegende Vorlage, in der die noch nicht abgeschlossenen, die fortlaufenden sowie die für 2026 geplanten Maßnahmen aufgeführt seien. Nach Abzug der Kosten für die offenen und fortlaufenden Maßnahmen stünden noch rund 70.000 Euro zur Verfügung.

Frau Floyd-Wenke weist darauf hin, dass das Budget angesichts der Haushaltslage um 20.000 Euro gekürzt worden sei, was sie kritisch sehe. Sie äußert zudem Unverständnis darüber, dass viele Maßnahmen nicht umgesetzt würden und die Mittel stattdessen erneut übertragen werden müssten. Als Beispiel nennt sie die mobile Höranlage der Volkshochschule und betont, dass solche Maßnahmen zügig realisiert werden könnten.

Herr Gausmann erklärt, dass die mobile Höranlage für 2026 vorgesehen sei und die entsprechenden 5.000 Euro eingeplant seien. Er führt weiter aus, dass größere Projekte, wie die „Toilette für alle“ im Rathauszentrum, aufgrund von Verzögerungen bei der Fertigstellung des Rathauszentrums noch nicht umgesetzt werden könnten. Hierfür seien 120.000 Euro reserviert. Er weist darauf hin, dass infrastrukturelle Maßnahmen, wie Querungshilfen, häufig mehrere Jahre in Anspruch nähmen, was er ebenfalls als unbefriedigend empfinde. Dies liege jedoch oftmals an fehlenden Personalressourcen oder an der Priorisierung anderer Bauprojekte.

Frau Tiekötter spricht das Thema „Defizitausgleich Wittekindshof“ an, das in einer Arbeitsgruppe diskutiert worden sei. Sie äußert, dass damit ein Präzedenzfall geschaffen worden sei, und fragt, ob der Defizitausgleich auch für andere Projekte vorgesehen sei, insbesondere für geplante Einrichtungen wie das Benedikt-Menni-Haus oder ein weiteres Projekt im Europa-Viertel.

Herr Gausmann führt aus, dass dies mit der Investitionsstruktur der Förderstufen 1 und 2 zusammenhänge. Je Wohnplatz habe ein Unterschied zwischen einer Förderung von 1.200 Euro und 3.200 Euro bestanden. Werde die höhere Förderung gewährt, könne keine Miete in Höhe von 125 Prozent genommen werden. Für die Einrichtung Am Feldrain sei dies die Begründung gewesen, weshalb die Zuwendung dem Träger und nicht dem Investor gewährt worden sei. Für die Einrichtungen im Europa-Viertel und an der Südhoffstraße liege bislang weder eine Anfrage noch ein Antrag vor. Sollten Anträge gestellt werden, müssten diese nach einheitlichen Kriterien bewertet und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bereits bei der Beschlussfassung für den Wittekindshof sei ausgeführt worden, dass bei vergleichbaren Sachverhalten gegebenenfalls ebenfalls eine Förderung erforderlich werde. Diese solle jedoch nicht ausschließlich aus den Mitteln für Barrierefreiheit erfolgen; vielmehr müsse hierfür eine andere Finanzierungssystematik gefunden werden.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Rückblick auf die Mittelverwendung der Vorjahre zur Kenntnis
2. Der Sozialausschuss beschließt, dass diese Maßnahmen in 2026 umgesetzt werden.

a) VHS mobile Höranlage	5.000,00 €
b) Mobile Hörverstärker für Besprechungen/Gespräche	2.500,00 €
c) Eingang Stadtpark Bevergerner Str./Basilikastr. Planungskosten	10.000,00 €
d) Notruf WC Bustreff jährliche Kosten	1.114,00 €
e) Defizitausgleich Wittekindshof jährliche Kosten	10.625,99 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig (2 Enthaltungen)

13. Arbeitskreis Sozialbericht: Benennung der Mitglieder und erster Termin Vorlage: 256/26

Der Sozialausschuss benennt Mitglieder und Vertreter/-innen für den Arbeitskreis Sozialbericht:

Fraktion	Mitglied	Vertreter/-in
CDU Fraktion	José Azevedo	Sandra Matzelle
SPD Fraktion Rheine	Sarah Böhme <i>Nachträgliche Änderung: Tatjana Lücke</i>	Carina Tiekötter
Alternative für Deutschland (AfD)	Laura Grasler	Sarah Brandt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Gertrud Hovestadt

Kimberly Krull

Die Linke Ratsfraktion für Rheine

Lucy Korbanek

Evelyn Eggenkämper

Fraktion FDP/UWG Rheine

Annette Floyd-Wenke

Margret Borkmann

Herr Meier weist darauf hin, dass in der ursprünglichen Vorlage, die im Januar besprochen worden sei, die Beiräte enthalten gewesen seien. Er kritisiert, dass diese in der aktuellen Vorlage nicht mehr berücksichtigt würden, obwohl sie bisher stets Teil des Arbeitskreises Sozialbericht gewesen seien. Er regt an, dass entsprechende Vertreter entsandt werden sollten.

Herr Gausmann erklärt, dass die Beiräte, ähnlich wie bei der Benennung der Mitglieder für das Sozialraumbüro, gesondert angeschrieben würden. Da die Benennung der Beiräte keines politischen Beschlusses bedürfe, könnten diese ihre Mitglieder eigenständig bestimmen. Er führt aus, dass die Beiräte, wie der Familienbeirat, der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderungen, eigenständige Gremien seien und ihre Vertreter nach Erhalt einer Einladung selbst benennen könnten.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss benennt Mitglieder und Vertreter/-innen für den Arbeitskreis Sozialbericht.
2. Die Mitglieder und Vertreter/-innen nehmen den ersten Termin des AK Sozialbericht zur Kenntnis: Dienstag, den 02.06.2026 von 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr im Sitzungsraum II des RHZ II.

14. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende öffentliche Sitzung: 18:07 Uhr

Tatjana Lücke
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin